

# „Ich habe einen Auftrag, den erfülle ich“

SPD-Politikerin Jutta Rübke setzt Aufarbeitung des Radikalen-Erlasses auch nach Machtverlust fort

Von Rainer Breda

**Hildesheim.** Der Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Landtag hat die Agenda durcheinander gewirbelt, Dutzende von Gesetzesvorhaben bleiben nun liegen. Doch Jutta Rübke will ungeachtet der Ereignisse in Hannover weitermachen: Die frühere SPD-Landtagsabgeordnete aus Hildesheim arbeitet seit Februar die Folgen des Radikalen-Erlasses auf, die rot-grüne Landesregierung hatte sie im Januar mit der Aufgabe ehrenamtlich betraut. Sie werde diese natürlich zu Ende bringen, sagte Rübke der HAZ: „Ich habe einen Auftrag – und den erfülle ich.“

Rübkes Bestellung als Beauftragte endet am 31. Januar 2018.



Jutta Rübke  
FOTO:  
GOSSMANN

Nach dem ursprünglichen Zeitplan sollte ihr Bericht im Dezember 2017 dem Landtag vorliegen. Daran will Rübke festhalten – auch unter der künftigen Landesregierung.

Der Radikalen-Erlass war 1972 von der Bundesregierung unter Kanzler

Willy Brandt und den Ländern vereinbart worden. Er sorgte dafür, dass allein in Niedersachsen 130 Frauen und Männern wegen ihres Einsatzes für die DKP der Weg in den öffentlichen Dienst verwehrt blieb oder sie mit einem Berufsverbot belegt wurden. Letzteres traf in Hildesheim unter anderem Udo Paulus, Lehrer an der Robert-Bosch-Gesamtschule.

Die Idee, Schicksale der Betroffenen aufarbeiten zu lassen, war im Landtag sehr umstritten, CDU und FDP sperrten sich dagegen. Schließ-

Wer Berufsverbote  
erteilt  
ist nicht  
friedensfähig

mit ihrer damaligen Ein-Stimmen-Mehrheit durch, das rot-grüne Kabinett wählte Rübke als ehrenamtliche Beauftragte aus.

Ihr zur Seite steht der Historiker Wilfried Knauer. Der frühere Leiter der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel ist als Vollzeitkraft für den wissenschaftlichen Teil der Arbeit zuständig, er trägt aus Ministerien und Archiven Akten und Dokumente zusammen und wertet diese aus.

Rübke selbst spricht mit jenen, die unter dem Radikalen-Erlass litten. Zwölf Betroffenen hat sie seit Februar bereits gegenübergesessen, die meisten Gespräche führte sie in den Regionen Oldenburg und Hannover. Weitere Termine sollen folgen, einer wird Rübke demnächst nach Wiesbaden führen. Dazu kommen etliche Telefonate, berichtet die Hildesheimerin. Am Ende will sie bis zu 15 Schicksale in einer schriftlichen Dokumentation abbilden, bei der Auswahl sollen auch regionale Aspekte eine Rolle spielen.

Die Treffen hätten sie in ihrer Einschätzung bestätigt, wie wichtig die Aufarbeitung des Erlasses für die Menschen sei, sagt Rübke. „Viele haben nicht mehr damit gerechnet, dass es dazu kommt.“ Am 6. Dezember will die Sozialdemokratin ihre Erkenntnisse öffentlich vorstellen, einen ersten Zwischenbericht hatte sie im Juni präsentiert. „Bedauerlich“ findet Rübke, dass CDU und FDP dem Arbeitskreis fernblieben, der die Aufarbeitung begleitet. Das Gremium trifft sich einmal im Monat, ihm gehören unter anderem Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, ein SPD-Landtagsabgeordneter und zwei Betroffene an.

Die CDU-Fraktion betonte am Mittwoch auf Anfrage, sie habe dem Antrag im Landtag nicht zugestimmt. Ob Rübkes Arbeit nach der